



SPREEREHELL

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“ K. Marx

ZEITUNG DER DKP FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

➤ JUNI 2012



KOTTI-CAMP UNTERSTÜTZEN!

*Den SozialmieterInnen am Kottbusser Tor reicht's:
Protest-Camp bietet dem Senat die Stirn*

➤ **Es war nicht leicht für die MieterInnen am südlichen Kotti, diesen Schritt zu gehen: Sie haben aus Protest gegen die unmenschlichen Mietsteigerungen in ihrem Wohnblock ihr Leben auf die Straße verlegt.**

Bei Tag und bei Nacht. Feuchtigkeit, Wind und Kälte machen den großen-teils türkischsprachigen Frauen und Männern zu schaffen. Sie halten durch – getragen von einer unschätzbaren Erfahrung, die aus diesem Kampf täglich neu entspringt: Solidarität.

WORUM GEHT ES?

Die Mietenbombe, deren Detonation wir hier erleben, wurde von Linkspartei und SPD gemeinsam gelegt. Es handelt sich um die Folgen einer zynischen Politik, die die 2011 abgewählte Privatisierungskoalition zu verantworten hat: die im Jahr 2004 erfolgte Privatisierung der kommunalen GSW. Nie zuvor hat das Land einen

so riesigen, ursprünglich für das Gemeinwohl bestimmten, Komplex aus den Händen gegeben. Das war kein Ausrutscher, sondern konsequent kapitalfreundliches Regierungshandeln. 65.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten wurden einem New Yorker Finanzinvestor hinterher geschmissen. Gebäudeverfall, ständige Mieterhöhungen bei wachsenden Mängellisten, Entmietung und tägliche Schikane sind nun täglicher Alptraum für Hunderttausende. Das verschlimmerte sich noch mit dem Börsengang der GSW 2011. Ein weiteres Verbrechen der rot-roten Koalition war der Ausstieg aus der „Anschlussförderung“ im sozialen Wohnungsbau. Die Privateigentümer der zig-tausend Sozialwohnungen haben nun freie Bahn für Mietsteigerungen von 300%. Abertausende SozialmieterInnen landen auf der Straße. Auch die Menschen am Kotti.

➤ FORTSETZUNG SEITE 2



KAMPF UMS WASSER GEHT WEITER!

RWE will unser Geld

660.000 Berlinerinnen und Berliner haben im Februar 2011 das Volksbegehren zur Offenlegung der Geheimverträge unterstützt. Sie wurden beim Teilverkauf der Wasserbetriebe 1999 an die Konzerne RWE und Veolia abgeschlossen und enthalten eine Gewinngarantie für die Konzerne, die seitdem von uns mit erhöhten Wasserpreisen bezahlt wurde. Die Geheimpapiere sind bis heute nicht vollständig offengelegt und der SPD/CDU-Senat tut alles, um RWE und Veolia weiter ihre Rendite zu sichern.

Mit diesem Ziel wurden auch die Verhandlungen um den Rückkauf der Anteile von RWE geführt. CDU-Finanzminister Nußbaum hat bei 650 Mio. Euro eingeschlagen – ein gutes Geschäft für RWE: Der Konzern hat zwischen 2000 und 2011 758,9 Mio. Euro Gewinn mit dem Wasser gemacht. Bezahlt hat RWE seinerzeit 843,5 Mio. Laut Berliner Wassertisch müsste RWE bei der Rückgabe des Wassers draufzahlen anstatt zu kassieren. Jetzt bietet auch Veolia seine Anteile zum Rückkauf an. Klar ist: Diese Rekommunalisierung à la RWE und Veolia sollen wir zahlen – mit höheren Wasserpreisen.

O-TON

„Das ist die eigentliche unternehmerische Leistung von Schlecker, dass er die Pleite so lange hinausgezögert hat.“

Ein nicht namentlich genannter „Altdirektor“ der Drogeriekette und Vertrauter des Firmengründers gegenüber dem Handelsblatt vom 02.06.2012

TERMIN-PINNWAND

➤ **SO, 17. JUNI, AB 10.00 UHR**
KEINE NPD-KUNDGEBUNG IN FRIEDRICHSHAIN!

Antifa-Aktion und Kundgebung rund um den Strausberger Platz, Friedrichshain.

INFO: antifa-fh.de/vu

➤ **MO, 18. JUNI AB 16.00 UHR**
KEINE RENDITE MIT DER MIETE!

Demonstration gegen die Tagung der Immobilienwirtschaft im Ritz Carlton Hotel

AUFTAKT: Mehringplatz, Kreuzberg (U1 + U6), Abschluss: Potsdamer Platz

AB 18.00 UHR: Blockade der Abschlussfeier der Immobilienwirtschaft, Kulturbrauerei, Schönhauser Allee Prenzlauer Berg

INFO: mietenstopp.blogspot.de

➤ **DO, 05. JULI., 19.30 UHR**
GRIECHENLAND NACH DER WAHL

Roter Stammtisch DKP Friedrichshain-Kreuzberg

ORT: Café Commune, Reichenberger Str. 157, U1+U8 Kottbusser Tor

➤ **DO, 02. AUGUST, 19.30 UHR**
STAATLICH GESCHÜRTER RASSISMUS

Roter Stammtisch der DKP Friedrichshain-Kreuzberg anlässlich des 20. Jahrestags der Pogrome in Rostock-Lichtenhagen

ORT: Café Commune, Reichenberger Str. 157, U1+U8 Kottbusser Tor

➤ FORTSETZUNG VON SEITE 1

STAAT UND MONOPOLE ARBEITEN ZUSAMMEN

Monopolistische Konzerne wie Goldman-Sachs, die letztlich das Portfolio der GSW kontrollieren, können ihre Profitraten nur deshalb so hoch halten, weil unter anderem die deutschen Jobcenter für sie die Drecksarbeit der Entmietung besorgen. Am Südkotti sind drei Mieterhöhungen pro Jahr keine Seltenheit. Auf jede dieser Mieterhöhungen folgt für die meisten Betroffenen ein Kostensenkungsbescheid des Jobcenters. Am Ende steht die Zwangsräumung und der Rauswurf auf die Straße. Der Weg für lukrativere Neuvermietung ist frei. Wenn die tapferen Mieter-

Innen von Kotti & Co den Weg auf die Straße nun als bewusste Widerstandsform gewählt haben, dann sind wir alle aufgefordert, ihnen mit tätiger Hilfe zur Seite zu stehen. Sie tun das auch für uns. Denn ihre Forderungen sind auch unsere: „Wir protestieren hier:

➤ gegen die hohen Mieten am Kottbusser Tor!

➤ weil es für den sozialen Wohnungsbau in Berlin keine Mietobergrenze gibt

➤ gegen die Verdrängung von Menschen, die hier seit Jahrzehnten ein Zuhause haben.“

MEHR INFOS: kottiundco.wordpress.com

SIEHE AUCH: *Portrait, Seite 4*

ETHNISCHE SÄUBERUNG IM ALTENHEIM?

Ein arbeitsrechtlicher Streit in einem Kreuzberger Pflegeheim sorgt für Wirbel.

➤ **15 Beschäftigte, die einen Betriebsrat gründen wollten, hatten z.T. fristlose Kündigungen erhalten. 2007 als interkulturelles Heim für türkische Senioren eröffnet, galt das „Türk Bakim Evi“ als Vorzeigeprojekt interkultureller Pflege. Die Belegung der 140 Wohnplätze lag aber zuletzt unter 50%. Die Gründe für die mangelnde Auslastung sind unklar.**

Der Betrieb gehört zum Konzern Marseille-Kliniken. Mit 5000 Beschäftigten und 8000 Betten ist die Aktiengesellschaft einer der größten Pflegeheimbetreiber. Inhaber Ulrich Marseille ist dafür bekannt, massiv Einfluss auf die Politik zu nehmen. 2002 war er Hauptfinanzier der rechten Schill-Partei und deren Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt.

Auch betrieblich ist er Hardliner und wird von einer langen Reihe arbeitsrechtlicher Auseinandersetzungen begleitet.

Im jetzt so genannten „Pflegehaus Kreuzberg“ will man nun in großer Eile neue Saiten aufziehen. Schon zum 1. Juni sollen Reinigung und Küche outgesourct werden. Türkische Mitarbeiter werden vor die Tür gesetzt, deutsche dafür eingestellt. Nun sollen nicht mehr muslimische Migranten, sondern Menschen mit „Abhängigkeitserkrankungen“ und Demenz versorgt werden. Schluss mit interkulturell. Marseille will sich diesen völlig unterschiedlichen Zielgruppen widmen, die aus pflegerischer Sicht nicht gut zusammen versorgt werden können. Egal, Hauptsache, das Haus wird voll.



STÄRKT DIE ROTE HILFE!

Berliner Verfassungsschutzbericht 2011 erschienen.

Am 07.06. stellten Berlins Innenminister Frank Henkel (CDU) und die Leiterin der Berliner Verfassungsschutzbehörde, Claudia Schmid, den neuen Verfassungsschutzbericht (VS-Bericht) für das Jahr 2011 vor. Erschreckend ist die hohe Gesamtzahl im Bereich Rechtsextremismus. Der VS-Bericht erfasst 1330 Berliner Faschisten. Hier dominieren die „Autonomen Nationalisten“ und „Freien Kameradschaften“ mit 960, rund 650 von ihnen mit „unverändert hohem Gewaltpotenzial“.

Die NPD konnte trotz Verschmelzung mit der DVU keinen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Ihre Zahl ist um ein Viertel gesunken und liegt 2011 bei rund 250, die Jugendorganisation JN inbegriffen.

Auch das gesamte Spektrum der „linken Szene“ in Berlin wird überwacht. Politische Straftaten von links seien im Vergleich zum Vorjahr angewachsen. Der Anstieg wird vor allem auf Aktionen gegen „Umstrukturierungen“ und Verdrängung aufgrund steigender Mieten zurückgeführt. Besonders hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang der Widerstand gegen die Räumung des alternativen Wohnprojekts Liebigstraße 14 in Friedrichshain im Februar 2011. Bei den Protesten kam es zu teils heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Mittlerweile stuft der VS-Bericht sogar die Initiative „Wir bleiben alle“ als staatsgefährdend ein.

Sobald sich Widerstand gegen die herrschenden Zustände regt, wird vom Staat bespitzelt.

In den vergangenen Jahren versuchten die „Staatschutzbehörden“, Autobrandstiftungen per se den Linken in die Schuhe zu schieben. Erinnert sei hier an Hetzkampagnen der BZ und anderer Boulevardblätter, in denen gegen linke „Hasszündler“ und „Feuerchaoten“ mobil gemacht wurde. Jetzt muss der VS eingestehen, dass weniger als ein Viertel (sie sprechen von 92 Fällen) der 403 Autobrände auf einen politisch linksmotivierten Hintergrund zurückzuführen seien. Selbst diese Zahl scheint noch recht hochgegriffen, liegen doch nur in 11 Fällen Bekenner schreiben der linken Szene vor.

970 Berliner sind laut VS-Bericht dem „nicht-gewaltbereiten Linksextremismus“ zuzurechnen. Diese Zahl wird vor allem auf einen Mitgliederzuwachs bei der Rechtshilfeorganisation Rote Hilfe zurückgeführt. Weitere 1100 Personen werden den „aktivitätsorientierten, auch gewaltbereiten Linksextremisten“ zugerechnet.

Unser Fazit lautet: Stärkt die Rote Hilfe! Solidarität ist unsere Waffe! Die linke Organisation bietet Unterstützung und Hilfe bei Repression und Strafverfahren.

INFOS UND BEITRITTSFORMULAR: rote-hilfe.de



AKTIVES GEDENKEN

Es wird eine Silvio-Meier-Straße geben.

Am 26. April fand eine vom Bezirksamt organisierte Veranstaltung „Ein würdiges Gedenken an Silvio Meier - Friedrichshain-Kreuzberg setzt ein Zeichen!“ statt. Es wurden die bisherigen Vorschläge und Ideen für eine würdige Form des Gedenkens und Erinnerns an den 1992 von Neonazis ermordeten Antifaschisten Silvio Meier der Öffentlichkeit vorgestellt und mit ihr diskutiert. Dabei sprach sich die Mehrheit für die Umbenennung der Gabelsberger Straße (Nähe U-Bahnhof Samariterstraße) in Silvio-Meier-Straße aus. Dieses verbindliche Votum wurde von der BVV per Beschluss verabschiedet. Bis zum 20. Todestag am 21. November soll der neue Name auf den Schildern stehen. Dies stellt einen Fortschritt bezüglich des Anliegens der Initiative „Aktives Gedenken“ dar, „der voranschreitenden Entpolitisierung des Straßenbildes entgegen zu wirken und die Auseinandersetzung mit der Thematik abseits der Gedenkaktivitäten am Todestag zu ermöglichen“. Nicht zu vergessen sind jedoch die anhaltenden rückschrittlichen Aktivitäten zur Umbenennung von Straßen und Plätzen Berlins in den letzten Jahrzehnten! Sie dienen einer gezielten Politisierung im Sinne des Antikommunismus. Es gilt, das Gedenken an Antifaschisten aufrecht zu erhalten, zu denen auch Ernst Thälmann, Georgi Dimitroff, Hans Beimler, Clara Zetkin und viele andere zählen!

DKP



Leben und kämpfen in Friedrichshain- Kreuzberg

Die DKP-Gruppe Friedrichshain-Kreuzberg ist ein ziemlich bunter Haufen: von gerade mal über 20 bis über 80 Jahre alt, aus der DDR, Berlin und der alten BRD.

Wir sind in verschiedenen Bewegungen aktiv:

- Gegen Nazis engagieren wir uns in der „Initiative gegen Rechts“ in Friedrichshain.
- Beim Berliner Wassertisch sind wir aktiv dabei und kämpfen gegen die Privatisierung unseres Wassers.
- Wir wehren uns gegen hohe Mieten und Verdrängung in unseren Kiezen.

Uns eint ein Gedanke: Dieses Gesellschaftssystem überwinden! Wir wollen Sozialismus, eine Welt, in der die immer größer werdenden Probleme besser bzw. überhaupt zu lösen sind! Dafür braucht man eine entschlossene Partei – für uns ist dies die DKP. Es gibt immer eine Menge zu tun. Eigentlich fehlt uns immer nur noch eine/r: **Und das bist Du!**

➤ KONTAKT & IMPRESSUM:

DKP Friedrichshain-Kreuzberg
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Web: dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de

V.i.S.d.P.: M. Grüß, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

➤ OFFENES TREFFEN:

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr, Café Commune, Reichenberger Str. 157, 10999 Berlin-Kreuzberg



KLASSENGEGNER ZUM AUSSCHNEIDEN & SAMMELN

HANS, DER POLIZIST

Ein Hooligan in Uniform



➤ Vielleicht wollte er einfach nur ein bißchen Spaß haben. Pöbeln, treten, Fausthiebe austeilen – gut verummmt und bewaffnet gegen wehrlose Opfer. Die fand er. Der Tag begann vielversprechend für den Hooligan. Er endete mit einer Strafanzeige gegen ihn, erstattet von seinen Kollegen, der Berliner Polizei.

Die Rede ist von „Hans, dem Polizisten“. Seine Opfer waren Teilnehmer der zweiten „Lärmdemo“ die, ausgehend vom Protestcamp der MieterInnen am Kottbusser Tor, am 9.6. stattfand. Sie war eine der friedlichsten, die je über den Kotti zog. Das hielt martialisch bewaffnete Polizeieinheiten nicht ab, sie ohne Grund anzugreifen. Die MieterInnen versuchten zwar die Kundgebung wie geplant zu Ende zu bringen. Aber sie wurden mit Pfefferspray, Schlägen, Fußtritten, rassistischen Beleidigungen traktiert. Sieben wurden festgenommen. Die Szenen sind gut dokumentiert. Wer sich besonders hervortut, ist Kommissar Hans, mit der Nummer F 1120 auf dem Rücken. Wahllos schlagend, tretend, mit Vorliebe von hinten.

Das Beweismaterial ist erdrückend – die Bullen waren genötigt ihn selber anzuzeigen.

Hans war an diesem Tag keine Ausnahme. Die repressive Attacke gegen eine kleine Demo war gezielt. Bei dieser zweiten „Lärmdemo“ kamen zwar „nur“ knapp 500

Leute. Aber das waren schon doppelt so viele wie eine Woche zuvor. Die MieterInnen des Südblocks, die am Kotti gegen explodierende Mieten protestieren, wissen, daß ihre jetzt schon unbezahlbaren Mieten noch weiter steigen werden. Sie wissen aber auch, daß sie damit kein Sonderfall sind. Es gibt in dieser berlinweiten Auseinandersetzung keine „Sonderfälle“ mehr. Wohnungsnot und Mietpreissteigerungen betreffen Millionen und verschlimmern sich rasant.

Der Ausverkauf der Stadt verspricht den Mietpreistreibern für die Zukunft noch höhere Renditen. Es gibt für sie nur ein Risiko: unseren entschlossenen gemeinsamen Widerstand auf der Straße. Diesen Schritt hat das Kotticamp getan: für uns alle. Das weiß auch die Polizei. Darum: Kotticamp schützen – Lärmdemos stärken! (Jeden Samstag um 16 Uhr)

HANS IN AKTION: youtube.com/watch?v=zVq9GLr_Ymk

INFO: kottiundco.wordpress.com